

Vorlage-Nr.: **3293-2020/DaDi**

Aktenzeichen: 419-004

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Vorschläge zum Umgang mit der Corona-Krise für einkommensschwache Haushalte – Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg beschließt:

1. Corona Einmalzahlungen für SGB II, SGB XII, Asyl G – WoGG in Höhe von 500€ für jeden Single-Haushalt im Landkreis Darmstadt Dieburg -zahlbar bis 31.12.2020
2. Während der laufenden Corona-Krise sollte o.g. Personenkreis im Landkreis Darmstadt Dieburg einen Corona-Zuschlag von 100 € auf die Regelbedarfe erhalten. Diese Verordnungsermächtigung sollte allen o.g. Hilfebedürftigen rückwirkend ab 3/2020 bis zur Ende Erklärung der Krise durch den Landkreis Darmstadt Dieburg gewährt werden.
3. Anspruch auf Übernahme von Kosten für einen Computer zur gesellschaftlichen Teilhabe in Höhe von 350 € zum Kauf eines Laptops für o.g. Personenkreis im LK Da/Di. Die bisher gefundene Lösung (Leihgeräte über Schulen beantragen) erweist sich als nicht tragfähig.
4. Bis zum 31.12.2020 ist ein Sanktionsmoratorium nach § 31,31 a und § 32 SGB II komplett zu beschließen und umzusetzen.
5. Aussetzen von Pflichten in der EGV/Keine Pflicht zur Teilnahme an Maßnahmen bis zur Pandemie Ende Erklärung durch die Kreisverwaltung,
6. Aussetzung von Kostensenkungsaufforderung – tatsächliche Mietkosten sind bis zur Pandemie Ende Erklärung durch die Kreisverwaltung zu leisten.
7. Sozialberatung im Landkreis Darmstadt Dieburg ausbauen und stärken. Finanzielle Unterstützung für ehrenamtlich Vereine bzw. weitere Hilfe bei Gründung ehrenamtlicher

Vereine zur Stärkung der Sozialberatung.

Ein zweiter Ombudsmann im Landkreis Darmstadt Dieburg ist in Darmstadt Kranichstein tätig und damit viel zu weit entfernt von den eigentlichen Problemen der Ärmsten.

Begründung:

Wenn der Bundestag in der konkreten Unterstützung für Sozialleistungsbezieher versagt, muss der Landkreis Darmstadt Dieburg- der Kreistag Darmstadt Dieburg- eingreifen.

Er muss dies auch tun, um dem Vorwurf entgegenzutreten, er würde zwar aus seiner Sicht systemrelevante Organisationen (wie die Caterer, Busunternehmen, Volkshochschule, Sodeg u.a.) großzügig unterstützen, hätte aber für sozial Schwächsten im Landkreis Darmstadt Dieburg nichts oder kaum etwas übrig.

Bei den verabschiedeten Sozial Schutzpakete der Bundesregierung sind diejenigen, die schon seit längeren Sozialleistungen beziehen und keine Kinder haben, weit gehend unberücksichtigt geblieben. Ihre Lebensrealität wurde vom Bundestag mit unerträglicher Ignoranz gestraft und die dringend benötigte Unterstützung abgelehnt.

Die LINKE begrüßt alle Anstrengungen, die seitens des Landkreises Darmstadt Dieburg bisher unternommen wurden, um unbürokratisch auch sozial Schwache zu unterstützen. Gleichwohl ist die Lage für o.g. Personenkreis angespannt. Die Covid 19 Pandemie hat zu erheblichen Preissteigerungen führte. Dabei sind auch Bargeldeinkünfte wie Flaschensammeln, Straßenzeitungsverkäufe, und auch Sachleistungen wie Essen in Kitas und Schulen, Tafeln komplett weggefallen.

DIE LINKE ist bekannt, dass unabhängig von der aktuellen Krisensituation weitere Hilfen – wie z.B., Anpassung der Regelbedarfe - für die der Bund zuständig ist, notwendig wären.

Um aber aktuell und pragmatisch eine schnelle Hilfe für die in Armut und prekären Lebensverhältnissen lebenden Kreisbürger zu ermöglichen, bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Wir bitten um Einzelabstimmung der o.g. Punkte....